

droht. Davon zeugen viele Tatsachen. So stieg die Zahl der Kurzarbeiter nach offiziellen westdeutschen Angaben von 15 816 im Jahre 1966 auf 343 718 im Februar 1967. Im Januar dieses Jahres gab es rund 700 000 Arbeitslose. Zudem ging die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Vergleich zu 1966 um über 350 000 zurück.

Hinter den genannten Zahlen verbirgt sich das Schicksal Hunderttausender, die das staatsmonopolistische Herrschaftssystem aus ihrer Bahn wirft. Viele von ihnen sind in den letzten Jahren zu Gelegenheitsarbeitern degradiert worden. Ihre erworbenen Fähigkeiten können sie nicht wieder einsetzen, und ihnen wird auch keine Möglichkeit gegeben, sich für einen neuen Arbeitsplatz zu qualifizieren. Tatsache ist, daß trotz staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen die sozialökonomischen Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in den kapitalistischen Staaten nicht bewältigt werden können. Das wird unter anderem darin sichtbar, daß einem

Recht und Macht dienen in der DDR den Werktätigen

Wenn in unserer Republik der Schrecken der blauen Briefe legendär geworden ist, so deshalb, weil die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei den Kampf um ihre fundamentalsten Lebensrechte mit aller Konsequenz bis zu Ende geführt hat. Sie hat die entscheidende Lehre aus dem jahrzehntelangen, aufopferungsvollen Kampf der Arbeiterklasse gezogen und die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse verändert. Weil in unserem Staat das Recht des Volkes auf der Macht des Volkes beruht, sind solche entscheidenden Lebensrechte wie das Recht auf Arbeit nicht

immer größer werdenden Teil der Werktätigen überhaupt nicht mehr die Möglichkeit gewährt wird, in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden. Sie werden lebenslänglich aus der Sphäre der eigentlichen Lebensbetätigung herausgeschleudert. Mit dem der Springerpresse eigenen Zynismus erklärt „Die Welt“ dazu: „Auch bei besserer Konjunktur kann nur ein Teil der inzwischen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Arbeitskräfte wieder eingegliedert werden. Der andere Teil... wird nicht mehr gefragt sein, weil er keine entsprechende Ausbildung hat oder weil der Gesichtspunkt der Industrietauglichkeit in Zukunft schärfer als bisher beachtet wird.“

Welche Lebenserwartungen aber hat ein Mensch, der nicht mehr gefragt, der wie eine verbrauchte Ware einfach abgeschrieben ist? „Die Welt“ drückt mit ihrem Eingeständnis das Unvermögen der formierten Gesellschaft aus, die soziale Sicherheit, die entscheidenden Grundrechte aller Werktätigen und damit ihr Menschsein zu garantieren.

nur in der Verfassung verankert, sondern auch unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Verfassungs Wirklichkeit garantiert. Auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln richtet sich das Ziel der sozialistischen Produktion auf die ständig bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Bürger, auf die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, all ihrer schöpferischen Fähigkeiten. Recht und Macht dienen gleichermaßen diesem Ziel.

Recht und Macht dienen auch in imperialistischen Staaten

einem Ziel: Der Sicherung der Herrschaft des Monopolkapitals und des Profits. In Westdeutschland bedeutet das: 1,6 Prozent der Bevölkerung besitzen die ökonomische und politische Macht. Auf Grund dieser Macht maßt sich die herrschende Klasse das Recht an, 98,4 Prozent der Bevölkerung ihren Bestrebungen vollständig unterzuordnen. Garantien für die grundlegenden Lebensrechte der Ausgebeuteten liegen nicht im Interesse der herrschenden Klasse. Das Monopolkapital braucht Garantien, die seine Profite, die Ausdehnung seiner Macht sichern.

Macht und Reaktion

Eine der „Garantien“, die das Monopolkapital den 98,4 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland anzubieten hat, soll in der Notstandsgesetzgebung fixiert werden. Der Entwurf des Gesetzes über den Zivildienst gehört dazu. Er „sichert“, nach dem Beispiel faschistischer Wehrwirtschaftspolitik, allen Männern vom 18. bis 65. Lebensjahr und allen Frauen vom 18. bis zum 55. Lebensjahr zu:

1. durch eine sogenannte Dienstverpflichtung in einem bestehenden Arbeitsverhältnis, auch bei geringwertiger Tätigkeit, zu verbleiben;
2. in einen anderen für die Rüstung und Kriegführung besonders wichtigen Betrieb dienstverpflichtet zu werden und
3. Angehöriger eines kasernierten und uniformierten Zwangsarbeitsverbandes zu werden.

Das einzige, was also dieser Gesetzentwurf dem Bundesbürger „garantiert“, ist, daß er willen- und rechtloses Vollzugswerkzeug der Bonner Politik werden soll. Und auch die SP-Minister, die das Recht auf